Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader Kaffee!
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Mollige **Schlafröcke**
von 12 Mark an.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. Su. 10.

Dresden, 1893.

D.R.-Patent
Thüre zu! Thüre auf!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. **70,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius,
Dresden-N.,
Tieckstr. 12, pr. 27.
(Fernsprechamt II, Nr. 2[illegible])

Weihnachts-Neuheiten
in **feinen Lederwaaren** empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger,
Wilsdruffer Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

Julius Schädlich
Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Königl. Hofl., **Altmarkt,**
empfiehlt neben seinen Neuheiten **vorjährige Muster** von **Handarbeiten** zu **ganz bedeutend ermässigten Preisen.**

Nr. 334. Spiegel: Mordanschlag auf Kaiser und Kanzler. Hofnachrichten, Schuldotationen, Landtagsverhandlungen. Tarifmaßnahmen für Malzfabriken, Armeeveränderungen, Miethbewohnerverein, Gerichtsverhandlungen. Weihnachtsbücher. | **Donnerstag, 30. Nov.**

Politisches.

Gegen Kaiser Wilhelm ist von mörderischer Bubenhand das gleiche Attentat wie gegen den Reichskanzler Grafen v. Caprivi gerichtet worden. Auch der Anschlag wider das gekrönte Haupt des Deutschen Reiches ist mißlungen. Gott der Allmächtige hat das deutsche Volk vor unsäglichem Unglück bewahrt. Unabsehbar wären die Folgen, wenn der Mordstreich gelungen, wenn der ruchlose Plan, der gegen unseren Kaiser und gleichzeitig gegen dessen ersten Rathgeber geschmiedet war, zur Ausführung gelangt wäre. Nach glücklich überstandener Gefahr empfinden wir erst, wie viel von der Person des Trägers der Hohenzollernkrone abhängt, wie untrennbar Wohl und Wehe der ganzen deutschen Nation mit dem Leben unseres Kaisers verknüpft sind. Alle monarchisch denkenden Patrioten werden sich daher heute in dem aufrichtigen Dankgefühle einigen, daß Gottes schützende Hand den dritten deutschen Kaiser behütet hat, wie sie einst die heimtückischen Mordversuche gegen den greisen Großvater unseres kaiserlichen Herrschers vereitelte. Seit den Tagen der Hödel, Nobiling und Reinsdorf sind wir eine Reihe von Jahren hindurch von Attentaten verschont geblieben und wohl Niemandem im Deutschen Reiche ist der entsetzliche Gedanke gekommen, daß auch Kaiser Wilhelm II. einmal der Gegenstand eines Attentates werden könne. So unantastbar geschützt wähnten wir die geweihte Person unseres monarchischen Oberhauptes, daß selbst die scheußlichen Dynamitexplosionen und anarchistischen Mordanschläge, die fortgesetzt in fast allen europäischen Staaten Furcht und Schrecken verbreiteten, bei uns in Deutschland das Gefühl der Sicherheit nicht zu beeinträchtigen vermochten. Doppelt nothwendig erscheint deshalb in Zukunft die sorgsame Vorsicht, durch die von unserem Kaiser diesmal jede Gefahr abgewendet worden ist. Entrüstung und Abscheu über die Anschläge gegen Kaiser und Kanzler sind sicherlich am Platze; aber sie genügen nicht, um die Wiederkehr der Gefahren, von denen die Leiter und Lenker des Reiches umgeben sind, thunlichst zu verhüten. Nicht die geringste Maßregel, die den persönlichen Schutz unserer Fürsten und Staatsmänner zu erhöhen vermag, darf unterbleiben. Das dürfte die nächstliegende Lehre sein, welche aus den beiden Attentaten zu ziehen ist.

Vor der Hand ist die Urheberschaft der Mordpläne noch in geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Der Ort, aus dem die Höllenmaschinen versandt worden sind, könnte zunächst den Verdacht erwecken, daß die höllische Ausgeburt des französischen Chauvinismus den Mordgedanken ausgeheckt hat. Wahrscheinlich ist es nicht, daß ein extravaganter „Patriot" jenseits der Vogesen der Urheber der Attentate ist. Denn Graf v. Caprivi dürfte in Frankreich schwerlich als das Haupthinderniß der Verwirklichung der Revanchepläne angesehen werden. Ursache, ihn ganz besonders zu fürchten und zu hassen, hat unser heutiger Kanzler den Revanchepatrioten niemals gegeben. Auch unserem Kaiser gegenüber hegt man wohl in Frankreich nicht ein solches Maß diabolischen Hasses, daß man ihn, gleichviel mit welchen Mitteln, zu vernichten trachtet. Mehr Wahrscheinlichkeit hat der Verdacht für sich, daß die Attentatsversuche von einem fanatischen Anarchisten, der sich entweder in Frankreich aufhält oder eigens zur Ausführung seines schändlichen Vorhabens dorthin gereist, in Scene gesetzt worden ist. Die meisten Vermuthungen schließen auf den anarchistischen Ursprung der Mordversuche. Allerdings, so könnte man einwenden, haben doch eigentlich auch die Anarchisten keinen ersichtlichen Grund, gerade dem deutschen Kaiser und dessen Kanzler nachzustellen. Man übersieht aber hierbei, daß der Anarchismus die sinnlose Systemlosigkeit, daß er ein Wahnsinn ist, der nicht nach Beweggründen fragt und nicht einmal den Schein einer Rechtfertigung sucht. Die Anarchisten wenden sich in ihrem teuflischen Vernichtungsdrange gegen Alle, welche Gesetz und Ordnung vertreten, nur zu dem einzigen Zwecke, den sie verfolgen, durch Mord und Verwüstung Verwirrung und Unheil anzustiften und Angst und Schrecken zu verbreiten. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint der doppelte Anschlag begreiflich. Vor der Hand freilich wird man gut thun, den Verlauf der Untersuchungen, die in umfassendster Weise angestellt werden, abzuwarten. Es ist heute verfrüht, den Verdacht nach einer bestimmten Richtung hinzulenken. Wird erwiesen, daß die Anarchisten die Attentäter sind, dann wird kein Augenblick mehr gezögert werden dürfen, die Frage der gemeinsamen internationalen Maßregeln gegen die vaterlandslose Mörderbande zur Lösung zu bringen. Die deutsche und die französische Regierung werden dann hoffentlich die Initiative ergreifen und die übrigen Regierungen veranlassen, mit der rückhaltlosen Bekämpfung und Ausrottung des Anarchismus gemeinschaftlich vorzugehen. So lebhaft wie die Freude über die Vereitelung der Schurkenstreiche ist auch der Wunsch, daß es gelingen möge, Aufschluß über den oder die Urheber derselben und deren Beweggründe zu erhalten.

Das Mißlingen des Attentates auf den Grafen v. Caprivi giebt zu einer besonderen Erwägung Anlaß. Unser Reichskanzler ist in der letzten Zeit im wachsenden Maße der Gegenstand der schärfsten Angriffe gerade von Seiten derjenigen Parteien geworden, deren streng nationale und königstreue Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist und die von jeher die Achtung vor der Autorität unseres höchsten Beamten gepflegt haben. Man würde dem Grafen Caprivi Unrecht thun, wenn man ihm die Schuld dafür zurechnen würde. Heute, angesichts des gemeinen Mordanschlages auf sein Leben, tritt der Kanzler auch Denen persönlich nahe, die vielleicht gestern noch im Grunde ihres Herzens gewünscht haben mögen ihn beseitigen zu können. Heute geben auch Diejenigen ihrer Freude über die Erhaltung seines Lebens und ihrer rein persönlichen Sympathieen für den Kanzler Ausdruck, die glauben, ihn auf politischem Gebiete mit Entschiedenheit bekämpfen zu müssen. Es liegt hierin ein versöhnliches Moment, das inmitten der erbitterten Tagesstreitigkeiten die Mahnung zur sachlichen Kampfesweise nahe legt, das wir daher festhalten wollen, damit die Meinungsgegensätze nicht noch unnöthig durch Gehässigkeit verschärft werden. Beherzigung verdienen die Worte, mit denen der Abg. v. Frege vorgestern seine Etatsrede eingeleitet hat: „Ich habe meine Rede mit dem Dank gegen Gott zu beginnen, daß der höchste Beamte des Reiches einem verbrecherischen Anschlag glücklich entronnen ist. Ich hätte erwartet, daß schon ein früherer Redner des infernalen Anschlages gedacht hätte. Ich sage dies trotz der Auseinandersetzungen, die wir in letzter Zeit oft mit dem Reichskanzler gehabt haben. Ich glaube, es würde in keinem anderen Parlament der Welt verstanden worden sein, wenn wir nicht bei einer solchen Gelegenheit unserem Dank über Gottes gnädige Fügung Ausdruck gegeben hätten."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. November.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Präsident v. Levetzow, das Haus sei gestern tief entrüstet gewesen, als es von einem Attentatsversuch auf den Reichskanzler erfuhr. Inzwischen sei bekannt geworden, daß ein gleicher verbrecherischer Versuch gegen den Kaiser verübt worden sei. Er spreche im Namen des Hauses, wenn er erkläre, daß das Haus davon schmerzlich berührt sei und Gott danke, daß dieser Versuch weitere Folgen für Kaiser und Reich nicht gehabt habe. (Zustimmung.) Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt. Die Einstellung eines gegen den Abg. Bued (Soz.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session wird beschlossen. Die 1. Berathung des Etats für 1894/95 wird fortgesetzt. — Abg. Möller (nat.-lib.): Wir sind alle darüber einig, daß es mit dem jetzigen Verfahren, Schuld auf Schuld zu häufen, nicht so fortgehen kann und daß wir an eine Amortisation denken müssen. Die Bedsche Berechnung des Ertrags einer Reichseinkommensteuer 2c. ergiebt, daß es auch Bebel unmöglich ist, für einen Wegfall der Zölle und indirekten Steuern in direkten Steuern Deckung zu finden. Den Kolonial-Forderungen stimmen wir zu. Der Militär- und Marineetat sind ernsthaft zu prüfen, denn nach den für die Armee gebrachten Opfern ist strengste Sparsamkeit am Platze; u. A. ist zu prüfen, ob die Uniformirung nicht zu vereinfachen sei; der Pensionsetat erfordert die Prüfung der Frage, ob nicht eine Einschränkung der Offizierspensionen durch anderweite Verwendung der betreffenden Offiziere erfolgen kann. Der hannoversche Prozeß wird hoffentlich reinigend gewirkt haben. Die Forderung auf Einführung einer Militärstrafprozeßordnung mit mündlichem und öffentlichem Verfahren müssen wir festhalten. Die Reform der Reichsfinanzen läßt sich nicht abweisen, wohl aber verschieben. Unter meinen Freunden bestehen wie in allen anderen Fraktionen verschiedene Meinungen über die Mittel zur Deckung des bestehenden Bedarfs: die meisten meiner Freunde stimmen darin überein, daß Tabak und Wein Objekte sind, die bei einer Steuervermehrung heranzuziehen sein werden, aber gegen die vorgelegten Entwürfe bestehen ernste Bedenken. Es ist fraglich, ob der Ertrag der neuen Steuern die Schädigungen aufwiegt, die den Interessenten daraus erwachsen. Hoffentlich wird sich in der Kommission eine Verständigung finden. Das Ergebniß des Stempelgesetzes wird nicht bedeutend sein, dagegen wird das neue Gesetz viel Aergerniß bringen. Zur Quittungssteuer sollte nur im Falle äußerster Noth gegriffen werden. Festzuhalten ist an dem Grundsatz, daß den Einzelstaaten im Allgemeinen die direkten und dem Reiche die indirekten Steuern verbleiben. — Abg. Hausmann (Volksp.): Die Spannung, welche über Europa liegt, hat durch die Militärvorlage keine Minderung erfahren. Bei dem wirthschaftlichen Revanchekrieg, den Frankreich in den letzten Wochen gegen Italien führte, fand Italien keinen ausreichenden Rückhalt im deutschen Geldmarkt. Infolge der gewaltigen militärischen Aufwendungen in der Militärvorlage drückt sich eine kurzsichtige und nicht staatsmännische Politik aus. In der Kolonialpolitik ist in Deutschland vollständige Ernüchterung eingetreten. Die Regierung hat gar kein festes Programm. Früher wollte sie sich auf die Küste beschränken, jetzt erklärt man das für unmöglich. Die militärische Besetzung des Hinterlandes der Schutzgebiete werde viele Millionen kosten. Nachdem die Elsaß-Lothringer dem Kaiser einen Empfang bereitet haben, der selbst in der Thronrede Anerkennung gefunden, ist es nicht mehr am Platze, die Ausnahmemaßregeln für die Reichslande aufrecht zu erhalten. Der Kernpunkt der neuen Situation sind die neuen Militärsteuern; die Finanzvorlagen sind aber nur groß in ihrer Begehrlichkeit. Die Weinsteuer würde die Landwirthschaft in Süddeutschland auf das Aergste schädigen. Das Tabaksteuergesetz ist ganz dazu angethan, das Monopol von hinten herum einzuführen, indem man damit die kleinen und mittleren Interessenten ruinirt und sie dann nicht zu entschädigen braucht. Mit der Branntweinsteuer wurden die kleinen Brennereien ruinirt, jetzt soll die Tabakindustrie ruinirt werden, so schädigt man stets den Mittelstand. Wir lehnen jeden Pfennig für die sogenannte Finanzreform ab, lieber lassen wir uns auf die Matrikularbeiträge zurückdrängen, denn da haben wir doch doppelte Garantie, daß die Mittel durch direkte Steuern aufgebracht werden. Das Volk ist verdrossen und das Kopfschütteln ist zu einer nationalen Beschäftigung der Deutschen geworden. — Generalleutnant v. Spitz erklärt einer Bemerkung des Vorredners gegenüber, daß der (z. Z. erkrankte) Kriegsminister nur seine Stellung wahrgenommen habe, wenn er eine aus dem Hause gegen das Offizierkorps erhobene schwere Beleidigung energisch zurückgewiesen habe. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky bestreitet Hausmann gegenüber, daß seitens der Regierung früher erklärt worden sei, daß der Tabak künftig nicht herangezogen werden sollte. — Finanzminister Dr. Miquel bemerkt Hausmann gegenüber, es sei abzuwarten, in welche Lage auch Württemberg kommen werde, wenn die Finanzreform nicht zu Stande käme. Die Nothwendigkeit der Beschaffung neuer Einnahmen sei von den meisten Rednern anerkannt worden, auch von Bebel. Aber selbst die Redner der Nationalliberalen und der Konservativen vermieden es doch, den Dingen gerade ins Gesicht zu sehen. Das Verhältniß der direkten zu den indirekten Steuern ist in Deutschland auch nach Annahme der neuen Steuervorlage viel günstiger als in anderen Staaten, z. B. in England und Frankreich. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Bebel hat sich neulich bis zum gewissen Grad als Schutzzöllner erklärt, früher hatte er erklärt, er könne nicht für die Industriezölle eintreten, sonst müsse er auch für die landwirthschaftlichen Zölle eintreten. Nachdem er sich jetzt als Schutzzöllner entpuppt, werden wir sehen, inwieweit er für die landwirthschaftlichen Zölle eintritt. Die Tabakindustrie und der Weinbau werden jetzt als Interessen der Allgemeinheit vertreten. Wenn wir aber hier für die Interessen der Landwirthschaft eintreten, heißt es, wir vertreten Sonderinteressen. Redner verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß, wenn der Bund der Landwirthe einzelne Maßnahmen der Regierung bekämpfe, dies nur geschehe, weil seine Mitglieder ihre Königstreue nicht besser bethätigen zu können glauben, als indem sie den Stand aufrecht zu erhalten bestrebt sind, der allezeit die treueste Stütze der Monarchie gewesen. Er wendet sich dann gegen die Legende der sogen. Liebesgabe. Die Beseitigung der betreffenden Bestimmung des Branntweinsteuergesetzes würde eine Erhöhung des Branntweinpreises von 20 Prozent zur Folge haben. Er empfiehlt ferner eine Veränderung in dem militärischen Dienstverhältniß der Volksschullehrer, entweder man lasse sie ganz frei oder man lasse ihnen die Wahl zwischen Ausbildung im Lazarethdienst und voller Dienstzeit. Redner schließt mit Befürwortung der Doppelwährung. — Abg. Rickert (freis. Ver.): Die Richtung des Bundes der Landwirthe ist die Vorfrucht des Antisemitismus. v. Kardorff bestritt die Existenz einer Liebesgabe, die Berechtigungsscheine werden aber doch in baarem Gelde bezahlt. Die Klagen über den Rückgang der Landwirthschaft sind übertrieben. Eine vom Direktor des Statistischen Bureaus in Dresden, Dr. Victor Böhmert, aufgestellte Statistik ergiebt, daß in den Jahren 1879 bis 88 das Einkommen auf Grundbesitz, zwar nicht in dem Maße wie das Einkommen auf Handel und Gewerbe, gestiegen ist. Wir stimmen gegen Alles, was über den Bedarf der Militärvorlage hinausgeht. Unser Votum für die Militärvorlage halten wir trotz aller Angriffe aufrecht; wir müssen es heute wiederholen: Von den Ausgaben des Etats werden immer noch ein paar Millionen Ausgaben herausgebracht werden können. Die großen Panzerschiffe mit ihren Kolossal-Maschinen haben sich im Ernstfalle jedenfalls noch nicht bewährt. Ich bedaure, daß die Regierung die Deckung der Mittel für die Militärvorlage mit einer Steuerreform verbunden hat. Und was bedeutet die ganze Finanzreform — wenn wenigstens reiner Tisch gemacht, wenn die Franckensteinsche Klausel beseitigt würde. Eine Reichseinkommensteuer sei sehr wohl durchführbar und es würde für Herrn Miquel nicht schwer sein, eine solche einzuführen. Ich bedaure, daß der Reichskanzler noch nicht die Konsequenz gezogen hat, daß mit der Richtung, die im Bunde der Landwirthe vertreten ist, nicht zu paktiren ist, ebensowenig mit den Antisemiten, deren Richtung, wie ich annehme, auch der Reichskanzler aus tiefster Seele verabscheut. (Hoho! rechts.) Neue Steuern verlangt man von uns und nun erfolgt nicht einmal eine Absage an den Bund der Landwirthe und an die Antisemiten. — Finanzminister Dr. Miquel: Abg. Rickert citirte eine frühere Rede von mir, in der gesagt wird, daß es nicht so leicht sei, neue indirekte Steuern zu schaffen; die jetzigen Verhandlungen zeigen, daß ich damit Recht gehabt. (Heiterkeit.) — Abg. Dr. v. Frege: Abg. Rickert hat in der Statistik des Dr. Böhmert städtischen und ländlichen Grundbesitz verwechselt. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser hatte Vormittag eine Unterredung mit dem Reichskanzler Grafen Caprivi. — Morgen treffen der Kaiser und die Kaiserin in Hannover ein. — Ueber den Erfolg der Arbeiten an dem Unglücksbrunnen in Schneidemühl bemerkt der „Reichsanzeiger": Der Erfolg sei als vollkommen anzusehen. Dem Austreten des Wassers in den Kellern des Sommerfeld'schen Hauses sei keine Bedeutung beizulegen; sollte es auch Trinkwasser aus dem Brunnen noch sein, so würde es durch Zuschüttung beseitigt werden. — Der Nabob von Rambur hat Herrn Otto Ehlers, der ihn während seines Aufenthaltes in Berlin die Honneurs machte, zur Erinnerung 15 Elefanten geschenkt.

Berlin. Ehlers beabsichtigt praktische Versuche mit der Zähmung afrikanischer Elephanten zu machen, wozu die 15 Elephanten des Nabob dienen sollen. — Der Kaiser empfing heute außer dem Reichskanzler auch dessen Adjutanten Major Ebmeyer zu einer Erörterung der Attentatsversuche. Wie ein Berichterstatter meldet, soll die Meinung des Kaisers dahin gelautet haben, die Urheber seien reif für das Irrenhaus. — Zum Jesuitenantrag des Centrums wird die freikonservative Partei eine kurze ablehnende Erklärung verlesen lassen, auch die konservative Partei wird mit kurzen Worten ihren ablehnenden Standpunkt begründen.

Hamburg. In der gestrigen Reichstagsrede äußerte Finanzminister Miquel, daß der Versuch vergeblich gewesen sei, in Norddeutschland das Bier in dem Maße wie in Süddeutschland zur Besteuerung heranzuziehen. Hierzu fragen die „Hamb. Nachr.": „Weshalb aber war der Versuch vergeblich? Weil Caprivi, um die schwächliche Mehrheit für die Militärvorlage durchzudrücken, das Versprechen gegeben, das Bier nicht zum Objekt der neuen Steuer zu machen. Damit sei auf die Steuer verzichtet worden, die sich neben dem Tabak und dem ohnehin schon stark belasteten Branntwein als erste und geeignetste zur Erzielung großer Reichseinnahmen dargeboten hatte. Gegenüber dem enormen Bierkonsum in Deutschland stelle sich dieser Verzicht auf die Biersteuerung in Zeiten selbstverschuldeter finanzieller Bedrängniß als ein Fehler schwerster Art dar."

Flensburg. Die Moolensenkung wurde verursacht durch den plötzlich eingetretenen äußerst niedrigen Wasserstand, nachdem das letzte starke Hochwasser das Bollwerk unterwaschen hatte. Die Senkung erstreckt sich auf etwa 120 Meter und beträgt bis zur Hälfte bis 4 Meter Tiefe. Auch von der Straße sind 5 Meter gesunken. Der verursachte Schaden ist noch nicht zu übersehen, da eine weitere Senkung befürchtet wird.

Köln. Der Dampfer „Colonia" sank auf der Fahrt von London nach Köln in der Nordsee infolge eines Zusammenstoßes. Die gesammte Mannschaft wurde gerettet.

Köln. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Köln. Zeitung" bezeichnet die Meldung über die Errichtung einer russischen Flottenstation im Mittelmeer als eine französische Erfindung, welcher Rußland fernstehe. Die ersten diplomatischen Persönlichkeiten in der Türkei bestätigen, daß Rußland an die Pforte kein Ansinnen um Ueberlassung einer Insel oder einer Kohlenstation gestellt hat und auch nicht stellen werde. Die russische Politik sei fern von jenem die französische Politik charakterisirenden Uebereifer; namentlich halte der russische Botschafter Nelidoff sich von Aufwerfung solcher Fragen fern, auf deren Lösung er im russischen Sinn nicht mit Bestimmtheit rechnen könne. Nelidoff kenne die Stimmung des Sultans zu genau, um nicht zu wissen, daß dieser nimmermehr das Anliegen Rußlands erfülle, nachdem ein ähnliches von den Mächten zweiten und dritten Ranges zurückgewiesen worden sei.

Wien. Gegen den Professor der Medizin Schauta fand heute eine neue Demonstration statt, doch wurde infolge der von Schauta abgegebenen befriedigenden Erklärung unter der Studentenschaft die Aufforderung ausgegeben, die Kundgebungen einzustellen.

Mailand. Bei der Einfahrt in Limito stieß ein Eisenbahnzug mit einem von dort abgehenden Zug zusammen. Die Wagen geriethen in Brand. Die Zahl der Todten und Verletzten ist noch nicht festgestellt. Die Verwundeten wurden nach Mailand gebracht.

Rinna's Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Rinna, Bautznerstr. 79.